



GASTBEITRAG

Die Furcht vor der eigenen Tradition

Die Bundeswehr ringt mit ihrer Erinnerungskultur. Die Gründergeneration muss dabei eine Rolle spielen. Auch, wenn es Soldaten der Wehrmacht waren. Von Sönke Neitzel

Es ist schon eine Crux mit der Tradition. Die Bundeswehr ringt mal wieder mit ihrer Erinnerungskultur, die ihre Identität stärken und als „geistige Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft“ dienen soll. So formuliert es der gültige „Traditionserlass“ von 2018. Am 12. Juli 2024 gab das Verteidigungsministerium „Ergänzende Hinweise“ hierzu heraus. Zunächst fand die Sache keine öffentliche Beachtung. Am 1. August empörte sich dann aber die linksradikale World Socialist Web Site darüber, eine Woche später die „taz“ und schließlich sprangen auch RT („Russia Today“) sowie die russische Botschaft auf den Empörungszug auf. Der Generalinspekteur nahm die „Ergänzenden Hinweise“ am 14. August schließlich zurück, was die öffentliche Diskussion erst recht anheizte.

Die Debatte um die richtige Tradition ist so alt wie die Bundeswehr selbst. Streitkräfte und Gesellschaft suchen Antworten auf die Frage, welche Vorbilder eine demokratische Armee haben darf. Im Kalten Krieg war der Bezug zu Wehrmachtsoldaten politisch akzeptiert, da man die handwerkliche Exzellenz vom Nationalsozialismus trennte. Das war historisch natürlich Unsinn, aber es war ein weithin akzeptiertes Konstrukt, das auch das Selbstbild von Millionen von Bundesbürgern schonte, die einst in der Wehrmacht gedient hatten. Als die Bundeswehr in den 1990er-Jahren durch die Auslandseinsätze den Bezug zum Kampf nicht mehr benötigte, die letzten kriegsgedienten Politiker ihre Ämter aufgaben und die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in breiten Teilen der Gesellschaft zu einer Neubewertung der militärischen Vergangenheit führte, wandelte sich das Traditionsbild grundlegend. Die

Wehrmacht wurde aus den Kasernen verbannt, einzelne Bezüge blieben allerdings erhalten.

Im Zuge der Enthüllungen über den rechtsextremen Franco Albrecht stieß man auf einschlägige Devotionalien, und Ursula von der Leyen ordnete die Überarbeitung des Traditionserlasses an. Dort steht geschrieben, dass die Wertebindung des Grundgesetzes die Grundlage und die eigene lange Geschichte der Bundeswehr der zentrale Bezugspunkt ist. Dort heißt es aber auch, dass „die Aufnahme einzelner Angehöriger der Wehrmacht in das Traditionsgut der Bundeswehr grundsätzlich möglich“ ist, wenn nach sorgfältiger Einzelfallprüfung eine Leistung ausfindig gemacht wird, die „vorbildlich oder sinnstiftend in die Gegenwart“ wirkt. Besondere Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr werden im Erlass ausdrücklich genannt.

Was das aber konkret zu bedeuten hatte, blieb unklar. Die Interpretation war den Kommandeuren überlassen. Doch die hatten im Zweifel anderes zu tun, als sich hermeneutisch mit einem Erlass auseinanderzusetzen und machten erst mal: nichts. Tradition galt und gilt als ein Feld, in dem man sich nur die Finger verbrennt. Dazu trug auch die öffentliche Debatte bei, die die Traditionsarbeit auf Verfassungspatriotismus, Rettungs- und Wiederaufbaumissionen reduziert sehen wollte. Dass Soldaten als Bürger dieses Landes natürlich die Werte und Normen des Grundgesetzes teilen müssen, ist eine Binsen. Dass sie aufgrund ihres Auftrages aber andere Vorbilder benötigen, als Wissenschaftler und Lehrer, verstehen viele nicht.

Dabei gehört zur Wahrheit auch, dass in der Bundeswehr die Meinungen über die Tradition weit auseinandergehen. Eine Mehrheit wird sich dafür wahrscheinlich gar nicht interessieren, andere halten Bezüge auf die Vergangenheit ohnehin für

überbewertet. Die Mehrheit der intrinsisch motivierten Soldaten wünscht sich aber mehr Bezüge zum Kampf und auch zur Zeit von vor 1945. Gerade in der Kampftruppe wird hinter verschlossenen Türen viel Kritik an einem Traditionsbild geübt, das die Eigenarten des Soldatenberufes zu wenig berücksichtigt. Dies mag man schädlich oder schlecht finden, es ist aber eine Realität, mit der sich die Streitkräfte auseinandersetzen müssen. Diesen Befund zu ignorieren führte in der Vergangenheit dazu, dass sich die Soldaten im Internet oder den sozialen Medien ihr Traditionsbild selbst suchten oder gleich zur AfD abwanderten.



SOLDATEN
BENÖTIGEN AUF
GRUND IHRES
AUFTRAGS ANDERE
VORBILDER ALS
WISSENSCHAFTLER
UND LEHRER

Das Dilemma mit der Tradition ist mit der Fokussierung auf die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung noch mal größer geworden. Was sind denn nun die passenden Vorbilder für einen Panzerkommandanten oder einen Grenadier, dessen Aufgabe im Ernstfall ist, in Litauen für das westliche Bündnis zu kämpfen, zu töten und notfalls zu sterben? Das politische Bekenntnis zum Grundgesetz reicht dazu wohl kaum aus; dies sollte ohnehin eine

Voraussetzung für jeden Soldaten sein. Und auch der Verweis auf die Kämpfe in Afghanistan ist nur bedingt hilfreich, da diese trotz aller schrecklichen Begleitumstände im Vergleich zu den aktuellen Konfliktszenarien doch zu begrenzt waren.

An dieser Leerstelle wollten die nun zurückgezogenen „Ergänzenden Hinweise“ ansetzen. Es geht hier gerade nicht um eine Rückbesinnung auf die Wehrmacht an sich, sondern darum, die bundeswehreigene Tradition zu stärken – namentlich die Gründergeneration. Sie soll stärker für die Traditionsarbeit genutzt werden, ganz so wie es der gültige Erlass vorsieht. Die 19 Personen, um die es hier in allererster Linie geht, haben die Streitkräfte der Republik aufgebaut, ihnen das Konzept der Inneren Führung, des Staatsbürgers in Uniform, aber eben auch eine militärische Professionalität vermittelt, ohne die die Bundeswehr ihren Beitrag zur Abschreckung im Kalten Krieg nicht hätte erfüllen können.

Alle diese Männer waren Soldaten der Wehrmacht – wie praktisch alle Mitglieder der Gründergeneration. Und sie haben aus ihren Erfahrungen die richtigen Schlüsse gezogen und sich beim Aufbau der Republik verdient gemacht. Die vor zwei Monaten genehmigten „Ergänzungen“ nach der ersten absehbaren Kritik zurückzuziehen, ist misslich. Wenn die Leitung es nun doch ablehnt, sich auf die militärische Exzellenz der eigenen Gründergeneration zu berufen, sollte sie so mutig sein und sagen, wie die Bedürfnisse nach artgerechter Tradition denn anders erfüllt werden können. Sonst sind alle Reden von der „Kriegstüchtigkeit“ nur hohle Worte.

■ Der Autor ist Professor für Militärgeschichte an der Universität Potsdam. 2020 veröffentlichte er das Buch „Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte“.